

Entwicklungspolitischer Essay

Auf dem Weg zur substanziellen Repräsentation

Frauenquoten und patriarchale Gesellschaftsstrukturen in Bolivien

Nina Astfalck
Studierende MAS 2014-2016
Betreuungsperson: Rudolf Batliner

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| 1. Einleitung..... | 3 |
| 2. Frauen als treibende Kräfte bei der Einführung der Quoten..... | 5 |
| 3. Frauen in der Politik | 9 |
| 3.1. Quoten und Anzahl Frauen in der Politik..... | 9 |
| 3.2. Zustand der substanziellen Repräsentation in Bolivien | 10 |
| 3.2.1. Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik..... | 10 |
| 3.2.2. Substanzielle Repräsentation von Frauen innerhalb der Parteien | 14 |
| 3.2.3. Substanzielle Repräsentation und die Rolle der Frau..... | 17 |
| 4. Internationale Zusammenarbeit und die Förderung der substanziellen Repräsentation..... | 18 |
| 5. Konklusion..... | 20 |
| 6. Bibliografie | 22 |

Tabellenverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Tabelle 1: Quotengesetze und Verfassung 2009 | 6 |
| Tabelle 2: Resultate Abgeordnetenkommission und Senat Bolivien 1982-2014 | 9 |
| Tabelle 3: Resultate Gemeinderatswahlen Bolivien 1993-2015..... | 10 |

1. Einleitung

In den letzten zwei Jahrzehnten hat eine grosse Anzahl an lateinamerikanischen Ländern Frauenquoten installiert, um den ungleichen Zugang zwischen Männern und Frauen zur Politik zu korrigieren (Ríos Tobar 2008). In Bolivien haben Frauenorganisationen wesentlich dazu beigetragen, dass 1997 erstmals 30%-Frauenquote für legislative Gremien geschaffen wurde (Choque 2013: 129). 2010 führten weitere Mobilisierungen von Frauen dazu, dass im neuen Wahlgesetz Parität und Alternanz als Grundregel für die Wahl aller staatlichen LegislativvertreterInnen verankert wurde. Sie gilt auf allen Ebenen. Das bedeutet, dass 50% aller Listenplätze von Frauen besetzt sein müssen und sich auf den Wahllisten zwischen HauptkandidatIn und ErsatzkandidatIn Mann und Frau systematisch abwechseln müssen (Choque 2013:135-138). Ausser Ecuador gibt es in Lateinamerika kein anderes Land, wo die Paritätsregel gesetzlich gilt (Archenti und Tula 2014: 51). Diese Quote hat dazu geführt, dass seit 2014 49% der Parlamentssitze von Frauen besetzt sind und es seit März 2015 gibt landesweit mehr als 51% weibliche Gemeinderätinnen. Auf der Rangliste der Länder mit den höchsten Frauenanteilen im Parlament liegt Bolivien auf dem zweiten Platz. Spitzenreiterin ist Ruanda (Coordinadora de la Mujer 2015: 7).

Gleichzeitig stellen geschlechtermotivierte Belästigung und Gewalt für Politikerinnen in Bolivien das Hauptproblem bei der Amtsausübung dar (Gottardo und Rojas 2010; Choque 2013: 352). Es gibt wenig offizielle Zahlen, aber allein 2012 wurden auf Gemeindeebene um 4000 Fälle registriert (Krook 2016: 131). Unter dem Druck von Frauenorganisationen wurde 2012 ein Gesetz zur Bekämpfung dieser Delikte verabschiedet. In der Region nahm das Gesetz Beispielcharakter an. Inwiefern es aber zur Lösung des Problems beiträgt, ist fraglich.

Das Spannungsfeld zwischen den numerischen Errungenschaften und der geschilderten Situation drängt die Frage auf, inwiefern die Quoten in Bolivien nicht nur zur Präsenz einer grösseren Anzahl Frauen in der Politik führten, sondern bewirkten, dass diese sich auch tatsächlich in die Politik einbringen können (Franceschet et al. 2012: 7-9). In der Politikwissenschaft wird für Letzteres der Begriff der substanziellen Repräsentation verwendet (Franceschet 2008; Franceschet et al. 2012):

„La representación substantiva se refiere a la promoción de los intereses de un grupo en el proceso legislativo. Esta mejoraría cuando una mayor cantidad de temas importantes para las mujeres ingresan a la agenda parlamentaria y son eventualmente incorporados en la legislación (Franceschet 2008: 61)“.¹

Die neuere Genderforschung konzentriert sich im Zusammenhang mit diesem Begriff nicht mehr ausschliesslich auf die Anzahl genderrelevanten Politiken, sondern auf den Prozess der Repräsentation selbst: „Rather than advocating (...) process-tracing of the origins of particular policy reforms, they explore gendered opportunities and constraints for women to exercise political influence. They thus focus on the process of representation, leaving open questions about the content of women’s legislative activity (...). [A]n emerging body of the work [focuses] on the barriers – gendered and non-gendered –

¹ „Die substanzielle Repräsentation bezieht sich auf die Einbringungen der Interessen einer bestimmten Gruppe in den legislativen Prozess. Ihre Qualität erhöht sich, wenn mehr für Frauen relevante Themen in die parlamentarische Agenda eingebracht und schliesslich in die Gesetzgebung aufgenommen werden“.

affecting the ability of women to shape political deliberation“ (Krook 2015: 185). Unter Berücksichtigung dieser Vorgehensweise wird der Zustand der substanziellen Repräsentation der Frauen in Bolivien untersucht.

In diesem Essay wird der Fokus auf geschlechterbezogene Faktoren gelegt, welche die substanzielle Repräsentation beeinflussen. Im Zentrum der Analyse stehen die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen und ihre Auswirkungen. Sie werden in Bolivien als zentrales Hindernis für die politische Partizipation der Frauen wahrgenommen (z.B. Coordinadora de la Mujer 2015). Die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen charakterisieren sich durch die Dominanz des männlichen über das weibliche Geschlecht. Diese Dichotomie bestimmt nicht nur die Familie sondern auch die Gesellschaft. Die daraus resultierenden Hierarchien bewirken eine geschlechterbedingte Arbeitsteilung und definieren die Identitäten der Gesellschaftsmitglieder sowie die Räume für ihre Selbstrealisierung (Garcia Farjado 2015: 174; Estrada Ponce 2012: 41). Aus den patriarchalen Strukturen leitet sich auch ein Gegensatz zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten ab (Coordinadora de la Mujer 2014: 133; 2015: 15). Die Politik als öffentlicher Raum ist in Lateinamerika traditionell der Bereich des Mannes, von dem die Frau ausgeschlossen ist. Sie gehört in den privaten Bereich, der mit der Familie und dem Haushalt assoziiert wird.

Es wird aufgezeigt, wie die patriarchalen Strukturen sowohl in der Politik als auch im privaten Bereich die substanzielle politische Repräsentation der Frauen einschränken. Vor diesem Hintergrund werden Interventionsmöglichkeiten für die Internationale Zusammenarbeit ausgemacht.

Die Analyse dieser Problematik ist aus einer entwicklungspolitischen Perspektive relevant. Echte politische Partizipation bedeutet, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft gleichermaßen an der Politik teilnehmen und ihre Interessen einbringen können (Klugman et al. 2014: 155). In grossen Teilen der Welt sind Frauen in öffentlichen Ämtern jedoch unterrepräsentiert. Der globale Frauenanteil bei Parlamentarierinnen liegt bei 21% (UN Women n.d.). Die Ursachen sind diskriminierende Geschlechternormen und –stereotypen sowie Gesetze. Ein Problem sind für Frauen auch fehlende Bildung oder eine hohe Belastung durch die Familienbetreuung (UN Women n.d.; Klugman et al. 2014). Vor diesem Hintergrund sind Quoten ein Instrument, um die Partizipation von Frauen in der Politik und im öffentlichen Leben zu fördern und bestehende diskriminierende Geschlechterbilder abzubauen (Klugman et al. 2014). Ab den Neunzigerjahren verzeichnete sich weltweit ein Trend zur Schaffung von Quoten in der Politik, was zu einem Anstieg der Anzahl Politikerinnen führte. Je nach Region und Land nehmen die Genderquoten unterschiedliche Formen an (Franceschet et al. 2012). Die Erfahrung hat gezeigt, dass die politische Mitsprache von Frauen eine Reihe von positiven Auswirkungen auf den Politikprozess und Politiken hat. Frauen betreiben beispielsweise mehr Sozialpolitik und setzen sich für ihre Gemeinschaften und die Umwelt ein. Sie fördern überparteiliche Koalitionen und tragen in Konfliktfällen zu nachhaltigeren Friedenslösungen bei (Klugman 2014: 156, 162). Das hat positive Gesamtauswirkungen auf die lokale und globale Entwicklung (UN Women n.d.; Klugman 2014).

Im ersten Teil der Arbeit wird zur Kontextualisierung der Entstehungsprozess der Quoten beleuchtet. Dabei wird spezifisch die Durchsetzungskraft von Frauenorganisationen und –bewegungen in der bolivianischen Politik aufgezeigt. Im zweiten Teil der Arbeit folgt zunächst ein kurzer Überblick über die quantitativen Errungenschaften der Quoten. In einem nächsten Schritt gehe ich auf den Zustand der substanziellen Repräsentation ein. Zuerst diskutiere ich die Problematik der Gewalt gegen Frauen in der Politik. Danach gehe ich darauf ein, welche Hindernisse die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen innerhalb der politischen Parteien und dem Privatleben für die substanzielle Repräsentation der Frauen hervorrufen. Vor diesem Hintergrund stelle ich kurz Strategien vor, die die IZA nutzen kann, um die substanzielle Repräsentation zu fördern. Den letzten Teil der Arbeit bildet die Diskussion der Resultate.

2. Frauen als treibende Kräfte bei der Einführung der Quoten

Die politische Integration der Frauen in die bolivianische Politik erfolgte hauptsächlich über Quoten. Zwischen 1997 und 2009/ 2010 wurden zwei Quotengesetze eingeführt (Tabelle 1). 1997 wurde mit dem „Quotengesetz“ zum ersten Mal ein Mindestanteil von 25 resp. 30% an Frauen für das Parlament festgelegt und 2001 auf die Gemeindeebene ausgedehnt. Im Jahr 2010 wurden die Kriterien der Parität und Alternanz als Grundregeln für Wahlen auf allen Ebenen festgelegt.

Die treibenden Kräfte hinter dem Prozess hin zur Parität und Alternanz waren Frauenbewegungen (Choque 2013, 2014; Novillo 2011). Die Einführung der Quoten stellten deshalb kein grosszügiges Zugeständnis der politischen Eliten dar (Choque 2013: 129). Die Frauen machten sich historische Sequenzen für ihre Forderungen nach politischer Gleichheit zwischen Männern und Frauen bewusst zunutze (Choque 2013, 2014, Novillo 2011).

Das Quotengesetz entstand unter dem Eindruck der UNO-Frauenkonferenz in Beijing 1995, die weltweit auf allen Ebenen zu einem starken Bewusstsein der Genderproblematik und politischem Handeln führte (UN Women n.d. b). Eine Rolle spielte auch die argentinische Erfahrung, wo 1991 eine 30%-Frauenquote für alle Wahlpositionen eingeführt wurde (Choque 2014: 127). In Bolivien kamen feministische Organisationen und Aktivistinnen zum Schluss, dass ein 1991 eingeleiteter Reformprozess nicht ausreichte, um die politische Gleichheit zwischen den Geschlechtern zu fördern (Novillo 2011: 23-24; Choque 2013: 127). Es bildete sich das Foro de Mujeres Políticas (später „Foro político de Mujeres“) – ein Zusammenschluss von Aktivistinnen, Feministinnen, Arbeiterinnen, Parteimitgliedern, Parlamentarierinnen, Mitgliedern von NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen (Novillo 2011; Choque 2013 und 2014).

Tabelle 1: Quotengesetze und Verfassung 2009

| Jahr | Gesetz | Inhalt | Form |
|-------------|--|--|--|
| 1997 | Gesetz Nr. 1779: „Ley de Quotas“ („Quotengesetz“) | Chancengleichheit zwischen Mann und Frau innerhalb der Parteien; effektive Partizipation der Frauen in der Parteiführung; Nominierung von Frauen für öffentliche Ämter | 25% aller Plätze auf Wahllisten für SenatorInnen und 30% aller Plätze auf Wahllisten für Abgeordnete in Wahlkreisen mit Proporzwahl müssen mit Frauen besetzt sein. |
| 2001 | Código Electoral (Gesetz Nr. 2282) | Einführung einer 30%-Frauenquote auf Gemeindeebene ² | 30%-Frauenquote für Gemeinderatswahlen. |
| 2004 | Gesetz Nr. 2771: „Ley 2271, de Agrupaciones Ciudadanas y Pueblos Indígenas“ | Parität und Alternanz | 50% aller Kandidierenden für Führungsposten sozialer Organisationen (aber nicht politischer Parteien) müssen Frauen sein. |
| 2006 | Gesetz Nr. 3364: „Ley 3363, Ley Especial de Convocatoria a la Asamblea Constituyente“ | Einführung einer 40%-Frauenquote für die verfassungsgebende Versammlung; aktive Teilnahme von Frauen an der verfassungsgebenden Versammlung | 40% aller Listenplätze in Wahlkreisen mit Proporzwahl müssen von Frauen besetzt sein. Bei der Auflistung der KandidatInnen und ErsatzkandidatInnen müssen sich Mann und Frau systematisch abwechseln. |
| 2009 | Constitución Política del Estado (Verfassung) | Gleichberechtigte politische Partizipation der Frau und Gleichheit der Geschlechter | - |
| 2009 | Gesetz Nr. 4021: „Ley 4021, del Régimen Electoral Transitorio“ | Parität und Alternanz | Kriterium der Parität und Alternanz: Auf allen Wahllisten (Wahlkreise mit Mehrheitswahl und Proporzwahl) müssen 50% der Kandidierenden Frauen sein. Bei der Auflistung der KandidatInnen und ErsatzkandidatInnen müssen sich Mann und Frau systematisch abwechseln. Die Politik der Parität und Alternanz gilt auf Parlaments-, Departements- und Gemeindeebene. |
| 2010 | Gesetze Nr. 018 und 026: „Ley 018, del Órgano Electoral, Ley 026, del Régimen Electoral“ | Parität und Alternanz in allen Wahlkreisen und auf allen Ebenen | Ibid. |

Tabelle: Eigene Darstellung basierend auf Choque (2014: 341) und Archenti und Tula (2014: 60-62).

² Wie in der gängigen Literatur üblich, umfasst der Begriff „Quotengesetz“ in der Folge auch diese Massnahme (z. B. Choque 2013).

Die Mitglieder des Forums der politischen Frauen waren mehrheitlich nicht-indigene, in Städten lebende und der Mittelklasse angehörende Frauen. Sie agierten auf der Grundlage von feministischen bzw. frauenrechtlichen Ansätzen und pflegten Verbindungen zu internationalen Entwicklungsorganisationen. Man kann das Forum deshalb weitgehend als Gruppierung von Feministinnen verstehen (Htun und Ossa 2013). Das Forum entwickelte klare Vorstellungen des zu schaffenden Quotengesetzes. Anschliessend betrieben sie mit Unterstützung von Parlamentarierinnen und Parteipolitikerinnen während eines Jahres intensives Lobbying bei den Parteispitzen der traditionellen Parteien und bauten strategische Allianzen auf. Zudem organisierten sie öffentlichkeitswirksame Aktionen (z.B. Aktivitäten zum Frauentag, Versammlungen vor dem Parlament, verkleidete Auftritte im Parlament, Grossmobilisierungen auf Plätzen und Strassen etc.) und nutzen die Massenmedien (Choque 2013: 128-129). So gelang es ihnen, die politische Elite und die Parteien von der Notwendigkeit der Quoten zu überzeugen. Zudem regten sie die öffentliche Debatte über die politische Partizipation der Frauen und die Legitimität von Quoten an (Novillo 2011: 26).

Das Quotengesetz wurde bei den Wahlen 1997 und 2002 angewendet. Die Quote wurde aber wegen spezifischen Charakteristiken des bolivianischen Wahlsystems nicht automatisch erreicht (Novillo 2011: 24; Choque 2014: 345). Die Feministinnen sahen die Defizite des Quotengesetzes als Ausgangspunkte für weitere Entwicklungen (Choque 2013: 129).

Die weiteren Quotengesetze und Regelungen entstanden während des sogenannten „Proceso de Cambio“. Er wurde 2003 durch schwere politische Unruhen um die Nutzung der natürlichen Gasvorkommen Boliviens ausgelöst. Diese führten zur Flucht des damaligen Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada. Dieser Prozess veranlasste die Forderung nach einer „Demonopolisierung“ der Politik. Sie führte 2004 zur Schaffung der „Ley de Agrupaciones Ciudadanas y Pueblos Indígenas“ (Gesetz Nr. 2771). Das Gesetz legt Parität und Alternanz als Regel für die Wahl von Führungspersonlichkeiten sozialer Organisationen fest (Choque 2013: 130). Es stärkt die politische Position der Frauen auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Das Gesetz gilt jedoch nicht für politische Parteien. 2005 kam es zum Machtantritt des ersten indigenen Präsidenten Boliviens, Evo Morales, und seiner neugegründeten Partei „Movimiento al Socialismo - Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos“ (MAS-IPSP). Er rief eine verfassungsgebende Versammlung ein und die neue Verfassung trat 2009 in Kraft.

Die Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung 2006 bewirkte eine soziale und politische Mobilisierung mit dem Ruf nach einer radikalen Umgestaltung des bolivianischen Staats. Jegliche Formen von Unterdrückung sollten beendet werden. Im Zentrum dieser Zielsetzung stand die Ermächtigung der indigenen Völker und die Schaffung eines Vielvölkerstaats (Novillo 2011: 34; Htun und Ossa 2013: 10). Aber auch andere soziale Akteure nutzen diesen Raum, um ihre Anliegen anzubringen. Verschiedene Teile der feministischen Frauenorganisationen des „Foro político de Mujeres“ sahen diesen Moment als Gelegenheit, die Frauenrechte voranzutreiben. Eine spezifische Forderung war dabei die Parität in der Politik (Novillo 2011: 38-39; Htun und Ossa 2013: 10).

Da die indigenen Völker im Zentrum dieses Prozesses standen, erachteten es die Feministinnen als zentral, für die Durchsetzung ihrer Anliegen eine Zusammenarbeit mit indigenen Frauen aufzubauen (Htun und Ossa 2013: 10). Zwischen ihnen bestanden zuvor aus historischen und ethnischen Gründen keine Beziehungen. Laut Htun und Ossa waren zu diesem Zeitpunkt die kulturellen Unterschiede stärker als die Gendersolidarität (2013: 9). Zudem hatte die Genderproblematik für indigene Frauen bis in die späten 2000er-Jahre keine Priorität. Sie nahmen Geschlechterhierarchien in ihren Gemeinschaften zwar wahr, Geschlechterdiskriminierung stellte für sie aber keinen Handlungsanlass dar. Ihr Interesse galt der Armutsbekämpfung und dem Schutz ihrer kulturellen Praktiken. Die wenigen indigenen Frauenorganisationen verstanden sich deshalb nicht als Vertreterinnen feministischer und genderrelevanter Zielsetzungen (Htun und Ossa 2013). Gemäss Htun und Ossa (2013: 10) konnte dieser Graben überwunden werden, weil der Aufstieg der MAS-IPSP Partei zu einem gemeinsamen Leidensdruck führte:

„The government demonstrated strong *machista* tendencies and took measures that denied the importance of woman's rights. At the same time, rising reports of gender-related political assault fortified gender solidarity.“

Auf dieser Basis gelang es den Feministinnen und den indigenen Frauen, sich zusammenzuschliessen. Trotz allem unterschieden sich ihre Meinungen hinsichtlich bestimmter Themen wie z.B. Abtreibung. Verschieden waren auch ihre Motivationen, sich für die Gleichheit der Geschlechter einzusetzen. Indigene Frauen kämpften für den Erhalt der geschlechtlichen Komplementarität– einem Konzept der andinen Kulturen. In diesem Verständnis sind Mann und Frau erst vollwertige Mitglieder ihrer Gesellschaft, wenn sie in einer Paarbeziehung leben. Diese Figur muss in allen Bereichen des Lebens und somit auch in der Politik präsent sein. Die Frau kann daher nicht auf das Hausfrauendasein reduziert werden (Htun und Ossa 2013: 11).

Die verschiedenen involvierten Frauengruppen schlossen sich zum „Movimiento Mujeres Presentes en la Historia“ zusammen. Diese Bewegung vereinte landesweit mehr als 25'000 Frauen mit den unterschiedlichsten Hintergründen. Eine koordinierende Rolle übernahm die „Coordinadora de la Mujer“, eine bis heute bestehende Dachorganisation von Frauenorganisationen (Novillo 2011). Im Vorbereitungsprozess der verfassungsgebenden Versammlung trug das „Movimiento Mujeres Presentes en la Historia“ wesentlich dazu bei, dass im Spezialgesetz zur Einberufung dieses Gremiums eine 40%-Frauenquote festgelegt wurde (Novillo 2011).

Während des verfassungsgebenden Prozesses sass deshalb in der Versammlung 86 Frauen (33,7%) ein (Novillo 2011: 37-38). Über intensive Lobbyarbeit mit ihnen gelang es der Frauenbewegung frauenrechtliche Themen in die neue Verfassung einzubringen (Htun und Ossa 2013: 11). Diese enthält mehrere Artikel zur politischen Partizipation der Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter (Novillo 2011: 41). Allerdings wurden Parität und Alternanz als Regeln für Wahlen nicht in der Verfassung aufgeführt (Choque 2014: 135).

Dieser Umstand sowie die offensichtliche Frauenfeindlichkeit, die Frauen in der Politik zu spüren bekamen, kreierte einen neuen Ansporn für feministische und indigene Frauengruppen zu kooperieren.

Nach der Verabschiedung der Verfassung mussten innerhalb von 60 Tagen die neuen Wahlgesetze geschaffen werden. Sie kamen 2009 und 2010 erstmals zur Anwendung (Novillo 2011: 45; Htun und Ossa 2013: 11). Unter der Koordination der „Coordinadora de la Mujer“ brachten sie die Forderung nach Parität und Alternanz erfolgreich in den Prozess der Ausarbeitung des vorläufigen Wahlgesetzes (2009), das bei den Parlamentswahlen 2009 angewendet wurde, ein. 2010 wurde dieses Kriterium auch in die definitive Version aufgenommen (Novillo 2011: 45-62; Choque 2013: 135-138). Erneut setzten die Frauenorganisationen auf strategische Verbindungen mit Politikerinnen im Parlament und schmiedeten überparteiliche Frauenallianzen. Um die Unterstützung von weiblichen Parlamentsmitgliedern zu gewinnen, organisierten sie Workshops über das Thema. Ihre Mitglieder betrieben intensives Lobbying und hielten während Kommissionssitzungen Mahnwachen ab. Zudem wurde über die Medien Druck auf das Parlament ausgeübt, etwa mit regelmässigen Pressemitteilungen und Fernsehspots. Zudem organisierten die Frauenorganisationen Treffen in den neun Departamenten Boliviens, um die Forderung der Parität und Alternanz landesweit bekannt zu machen. Schliesslich initiierten sie in La Paz einige Grossdemonstrationen (Novillo 2011: 52-58). Während dieses Prozesses stiessen die Frauen vor allem im Parlament auf grossen Widerstand von Politikern. Diese behaupteten etwa, dass Frauen weder an der Politik teilnehmen wollten, noch fähig dazu seien. Ausserdem mussten die involvierten Frauen sexistischen Humor und Spott ertragen (Novillo 2011: 53- 54). Diese Opposition blieb aber im Verborgenen. Wegen der intensiven Kampagnenarbeit wagten es die Politiker nämlich nicht, sich öffentlich gegen die Parität und Alternanz auszusprechen. Sie versuchten aber die Vorlage im Parlament zu sabotieren (Choque 2013).

3. Frauen in der Politik

3.1. Quoten und Anzahl Frauen in der Politik

Aus quantitativer Sicht haben die Quoten bis heute zu einer kontinuierlichen Erhöhung der Anzahl Frauen in der Politik geführt.³

Auf Parlamentsebene (Tabelle 2) sind heute 51% der Abgeordneten sowie 44% der SenatorInnen Frauen. Allerdings wurde weder die 25 bzw. 30%-Marke des Quotengesetzes (1997) noch das Kriterium der Parität (vorläufiges und definitives Wahlgesetz 2009 und 2010) bis heute erreicht (Coordinadora de la Mujer et al. 2015b:

Tabelle 2: Resultate Abgeordnetenkammer und Senat Bolivien 1982-2014

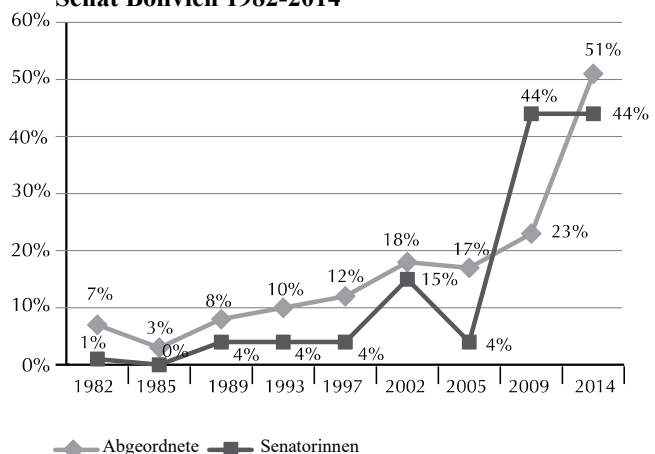


Tabelle 2: Coordinadora de la Mujer (2015b: 71)

³ In diesem Essay wird die Zusammensetzung von Verwaltungen von indigenen Gemeinden nicht betrachtet (vgl. Choque 2014).

68-72). Einzige Ausnahme ist die Abgeordnetenversammlung, wo es seit den Wahlen 2014 einen Frauenanteil von 51% gibt. Beim Quotengesetz lag das Problem darin, dass es sich hauptsächlich auf proportionale Wahllisten bezog. Das verkleinerte die Möglichkeit der Frauen, gewählt zu werden (Novillo 2011: 24). Bis heute besteht zudem ein Problem darin, dass die politischen Parteien das Gesetz umgehen und die zuständigen Kontrollorgane ihren Aufgaben nicht nachkommen (Coordinadora de la Mujer et al. 2015b: 72). Gesamthaft resultiert daraus für das Parlament ein Frauenanteil von 49% (Coordinadora de la Mujer et al. 2015b).

Für die Legislativversammlungen der Departemente ergibt sich nach den Wahlen 2015 ein durchschnittlicher Frauenanteil von 45% (Coordinadora de la Mujer et al. 2015b: 112).

Auf Gemeindeebene ist laut der Coordinadora de la Mujer et al. (2015b: 130) eine Korrelation zwischen der Einsetzung der Quoten und der Anzahl Gemeinderätinnen festzustellen (Tabelle 3). Trotzdem wurden auch auf dieser Ebene die Quoten nicht sofort erreicht. Stattdessen leiteten die Quoten einen kontinuierlichen Anstieg ein. Während dieses Prozesses ermöglichte die Einsetzung der Parität und Alternanz 2009 resp. 2010 einen sprunghaften Anstieg von 19 auf 43%. Dieser Anstieg wird von der Coordinadora de la Mujer et al. (2015b: 128) auf die Mobilisierung der Frauenbewegungen während der Ausarbeitung der Wahlgesetze zurückgeführt. Bei den Gemeinderatswahlen 2015 wurde die Parität schließlich übertroffen.

Tabelle 3: Resultate Gemeinderatswahlen Bolivien 1993-2015

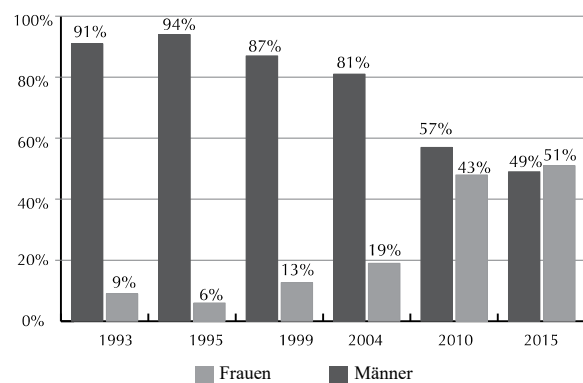


Tabelle 3: Coordinadora de la Mujer (2015b: 130)

3.2. Zustand der substanziellen Repräsentation in Bolivien

3.2.1. Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik

Aus quantitativer Sicht haben die Quoten in weniger als 20 Jahren zu wichtigen Erfolgen für die bolivianischen Frauen geführt. Diese widerspiegeln sich jedoch nicht in gleichem Masse auf der Ebene der substanziellen Repräsentation. Die erhöhte Präsenz von Frauen in der Politik und der damit eingeleitete soziale Wandel provozierten einen starken Widerstand der patriarchalen Gesellschaftsstrukturen. Eine spezifische und höchst problematische Ausdrucksform dieser Resistenz ist die Belästigung und Gewalt von Frauen in der Politik (siehe u. a. Estrada Ponce 2015; Choque 2013; Albaine 2015; García Fajardo 2015; Coordinadora de la Mujer 2014, 2015, 2015b; Krook 2016). Sie stellen für Politikerinnen in Bolivien das Hauptproblem bei der Amtsausübung dar (Gottardo und Rojas 2010; Choque 2013: 352) und limitieren somit auch die substanzielle Repräsentation der Frauen in der Politik.

Wie im Kapitel über die Einführung der Quoten dargelegt, manifestierte sich dieses Phänomen bereits wenige Jahre nach der Einführung des Quotengesetzes 1997. Es schien sich während des verfassungsgebenden Prozesses und der Ausarbeitung der neuen Wahlgesetze verstärkt zu haben. So trug es dazu bei, dass es zwischen den feministischen Gruppierungen und den indigenen Frauen zu einer Gendersolidarität kam. In diesem Kontext tauchte das Konzept in Lateinamerika zum ersten Mal auf. Im Jahr 2000 trafen sich in Bolivien Gemeinderätinnen und Abgeordnete, um über Fälle von Belästigung und Gewalt gegen Frauen in ländlichen Gemeinden zu diskutieren. Dieser Austausch hatte einen zentralen Einfluss auf die Definition, Abgrenzung und Weiterentwicklung des Konzepts in der ganzen Region (Krook 2016: 130). Das Problem beschränkt sich aber nicht nur auf Lateinamerika, sondern manifestiert sich auch in anderen Weltregionen (vgl. Women in Parliament (2013)).

Unter dem Begriff der Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik versteht man eine spezifische Art von Gewalt gegen Frauen (Albaine 2015: 149). Ausgehend vom bolivianischen Fall fasst Krook (2016: 130) folgende Situation als Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik auf:

„La violencia y el acoso político contra las mujeres describe comportamientos dirigidos específicamente contra las mujeres por ser mujeres con el propósito de que abandonen la política, presionándolas para que renuncian a ser candidatas o a un cargo político en particular.“⁴

Die in diesem Zusammenhang verwendete Gewalt kann physische, psychische oder sexuelle Dimensionen haben (Krook 2016: 129, 131; siehe auch García Fajardo 2015). Sie wird folgendermaßen ausgelöst: Aus der Perspektive der patriarchalen Gesellschaftsstrukturen stellt das Einströmen der Frauen in die Politik einen Angriff auf eine traditionell dem Mann zugeordnete gesellschaftliche Sphäre dar. Das kann eine gewaltsame Gegenreaktion provozieren (Albaine 2015; Krook 2016). Frauen drohen mit ihrer Präsenz in der Politik, die etablierten Verhältnisse aus dem Gleichgewicht zu bringen. Politikerinnen verwandeln sich für Männer deshalb in Eindringlinge (Krook 2015). Belästigung und Gewalt werden für Männer zu Instrumenten, um die traditionellen Verhältnisse zu sichern oder wiederherzustellen (Krook 2016: 141).

In Bolivien wurde bis heute eine grosse Anzahl an Praktiken von Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik registriert. Diese reichen von Beleidigung und übler Nachrede, dem bewussten Vorenthalten von Informationen, damit Frauen ihre politischen Aufgaben nicht ausführen konnten, bis zu Situationen, in denen Frauen an politischen Anlässen das Sprechen verunmöglicht wurde (z.B. durch gezieltes Ausschalten des Mikrophons). Es kam auch vor, dass Männer die festgelegten Uhrzeiten für Sitzungen heimlich änderten, ohne ihre Kolleginnen darüber zu informieren. Bei den Gemeinderatswahlen 1999 kam es zudem zu den sogenannten „Transvestiten-Kandidaten“. Männer transformierten ihre Vornamen in weibliche Vornamen (z.B. wurde aus Victor Victoria, aus Juan Juana etc.) und liessen sich so auf den Listen registrieren (Choque 2014: 345). In anderen Fällen wurden gewählte Politikerinnen vor ihrer Amtseinsetzung gezwungen, undatierte und blanke

⁴ „Gewalt und Belästigung gegen bzw. von Frauen in der Politik beschreiben Verhaltensweisen, die sich spezifisch gegen das weibliche Geschlecht wenden und zum Ziel haben, dass Frauen die Politik verlassen, Kandidaturen zurückziehen oder von einem politischen Posten zurücktreten.“

Rücktrittserklärungen zu unterschreiben. Später übernahmen die männlichen Ersatzkandidaten das Amt. Es wurden auch Entführungen, die Zerstörung von Häusern oder der Ausschluss aus der Gemeinschaft registriert (Novillo 2011; Choque 2013, 2014; Krook 2016). Der national bekannteste Fall ist die Ermordung von Juana Quispe 2012. Sie war Gemeinderätin in einem Dorf in der Nähe von La Paz. Nach ihrer Wahl verhinderten soziale Führungspersonlichkeiten und Gemeindepolitiker während 20 Monaten erfolgreich, dass Quispe ihr Amt ausüben konnte. Sie nutzen physische Gewalt und Drohungen. Juana Quispe denunzierte die Aggressoren, was ihr letztlich doch erlaubte, ihre Arbeit als Gemeinderätin aufzunehmen. Zwei Monate später wurde sie ermordet. In der Folge kam es zwar zu Gerichtsprozessen, die Täter bleiben aber bis heute straffrei (Krook 2016; La Razón, 11.4.2012; Agencia de Noticias Fides (ANF), 7. 3.2016).

Obwohl mehr Fälle dieser Art auf Gemeindeebene bekannt sind, leiden auch nationale Politikerinnen unter geschlechterdiskriminierender Gewalt und Belästigung (Albaine 2015: 161). Auf Parlamentsebene stellen frauenfeindlicher Humor und Kommentare ein Problem dar. Laut Albaine (2015: 159) nimmt diese Form von Gewalt strukturellen Charakter an und ist deshalb weniger gut erkennbar. In den patriarchalen Gesellschaftsstrukturen stellt sie ein Legitimationsmittel des Status quos dar. In diesem Zusammenhang stellen Männer auch die Fähigkeiten von Frauen als Politikerinnen infrage. Da Inhaberinnen von politischen Ämtern aus einer patriarchalen Perspektive ihre traditionelle Rolle verlassen, zweifelt man nicht nur an ihrer Moral, sondern auch an ihrem politischen, technischen und professionellen Können. Diese Vorurteile verstärken sich, wenn es sich um indigene Frauen handelt. Sie gelten aus einer kulturellen und darüber hinaus aus einer kolonialen Betrachtungsweise als minderwertig (Coordinadora de la Mujer 2015: 70).

Problematisch sind diesbezüglich die Handlungen von wichtigen Politikern. Der aktuelle Präsident, Evo Morales, und sein Vizepräsident, Álvaro Garcia Linera, sind seit ihrer Amtseinssetzung 2005 immer wieder durch frauendiskriminierende Kommentare öffentlich aufgefallen. 2015 sagte der Präsident zum Beispiel, dass Parlamentarierinnen eigentlich mehr Führungspositionen übernehmen könnten, wenn sie nicht so launisch wären (El País, 22.1.2015).

Wie bereits erwähnt, gibt es wenig offizielle Zahlen (Krook 2016: 131). Zwischen den Lokalwahlen von März 2015 und Juni desselben Jahres wurden allein auf Gemeindeebene acht Fälle registriert (López 2015). Man muss davon ausgehen, dass die Mehrheit der Fälle nicht gemeldet wird und die realen Zahlen um ein Vielfaches höher sind (García Fajardo 2015: 189).

Die beschriebenen Gegebenheiten schränken den politischen Handlungsspielraum und somit die substanzielle Repräsentation der Frauen signifikant ein. Die Quoten haben noch nicht dazu geführt, dass Männer und Frauen gleichberechtigt an der Politik teilnehmen können (Estrada Ponce 2012; Albaine 2015). Darüber hinaus zerstören Politiker mit ihren illegalen Handlungen den symbolischen Wert der Quoten und schwächen den demokratischen Prozess selbst. Denn die Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik stellen die Gültigkeit von Wahlprozessen und -resultaten infrage (Krook 2016: 128).

Wie bereits erwähnt, sind Frauen auf Gemeindeebene stärker von Belästigung und Gewalt betroffen als Parlamentarierinnen. Dies könnte man damit erklären, dass es den Frauenbewegungen während des verfassungsgebenden Prozesses gelungen ist, die frauenrechtlichen Forderungen im öffentlichen Diskurs zu verankern. In der gesellschaftlichen und politischen Diskussion haben das Prinzip der Geschlechtergleichheit und die Legitimität der Partizipation der Frauen an allen Entscheidungsfindungsprozessen einen zentralen Stellenwert bekommen (Estrada Ponce 2012). Diese Situation macht es fast unmöglich, sich öffentlich dagegen auszusprechen. Das zeigt sich vor allem auf nationaler und parlamentarischer Ebene, wo medial grössere Aufmerksamkeit herrscht. Ein Beispiel dafür sind die heftigen Reaktionen von Frauenorganisationen, die frauendiskriminierende Kommentare des Präsidenten nach sich ziehen. Man könnte deshalb annehmen, dass sich die Opposition gegen die Präsenz der Frauen in der Politik vor allem auf Gemeindeebene und jenseits der nationalen Öffentlichkeit entlädt. Die Politik nimmt dort informellere Züge an und die Beziehung zwischen PolitikerInnen und WählerInnen ist von grosser Direktheit geprägt (Albaine 2015: 168). In diesem Zusammenhang könnte man sich auch fragen, inwiefern die gleichzeitige Einführung der Quoten auf allen politischen Ebenen Mitauslöserin der erhöhten Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik war. Es bleibt offen, ob in Bolivien eine kontinuierliche Ausdehnung der politischen Partizipation der Frauen weniger Resistenzen hervorgerufen hätte.

Trotzdem verunmöglicht die Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik die substanzielle Repräsentation dieser Gruppe nicht gänzlich. Das zeigt sich daran zeigen, wie in Bolivien mit der Lösung dieses Problems umgegangen wurde. Eine zentrale Rolle spielt diesbezüglich bis heute ACOBOL (Asociación de Consejalas de Bolivia). Nach der Belästigung einer Gemeinderätin 1999 wurde ACOBOL mit dem Ziel gegründet, alle Gemeinderätinnen und –präsidentinnen zu vereinen und sich für ihre Interessen und politischen Rechte einzusetzen (ACOBOL n.d.). Die Organisation hat ihren Hauptsitz in La Paz und ist in den neun Departementen Boliviens über ortsansässige Organisationen vertreten (ACOs). ACOBOL nimmt mit ihrer Arbeit in Lateinamerika bis heute eine Vorreiterrolle ein (Garcia Farjado 2015: 189). Nach ihrer Gründung entwickelte die Organisation ein System zur Sammlung von Daten über Fälle von Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik und schuf ein regionales Netz von Anlaufstellen für betroffene Frauen (ACOBOL 2013; Garcia Farjado 2015: 189). Gleichzeitig arbeitete die Organisation verschiedene Vorschläge für ein Gesetz zur Bekämpfung der Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik aus. ACOBOL leistete in diesem Sinne wichtige Vorarbeit, was die juristische Konzeptualisierung dieses Problems und die Typologisierung der Fälle angeht (ACOBOL n.d. b). Parallel dazu entwickelte die Organisation eine intensive Lobbystrategie und suchte strategische Allianzen zu Politikerinnen auf allen Ebenen, Aktivistinnen und indigenen Organisationen. In diesem Rahmen organisierte ACOBOL landesweit eine Reihe von Informations- und Sensibilisierungsanlässe über das geplante Gesetz. Ebenso setzte die Organisation auf öffentliche Mobilisierung. Unter dem Eindruck des Mordes an Juana Quispe wurde 2012 das Gesetz Nr. 243 (Ley

N° 243 „Contra el Acoso y Violencia Política hacia las Mujeres“) geschaffen. Das Gesetz 243 beinhaltet einen Katalog von Handlungen und Praktiken, die als geschlechterdiskriminierende politische Gewalt aufgefasst werden, definiert die Täterschaft und legt die entsprechenden Strafen fest. Bolivien war weltweit das erste Land, das ein solches Gesetz schuf. Es hat Beispielcharakter für Gesetzesinitiativen in anderen Ländern der Region (Krook 2016: 152).

ACOBOL ist es somit gelungen, die Forderung nach einem Schutzmechanismus für die politische Partizipation der Frau in den legislativen Prozess einzubringen und ein konkretes Resultat zu erwirken. Die Organisation konnte genügend öffentlichen Druck aufbauen, um auch versteckte Oppositionen im Parlament zu durchbrechen. Das kann als substanzielle Repräsentation verstanden werden.

Der Entstehungsprozess des Gesetzes „Ley Integral para Garantizar a las Mujeres una Vida libre de Violencia N° 348“ verstärkt die Aussagekraft der oben beschriebenen Situation und zeigt, dass Raum für substanzielle Repräsentation besteht (Choque 2014; Estrada Ponce 2012). Das Gesetz wurde 2013 geschaffen und hat zum Ziel, die Gewalt gegen Frauen im privaten Bereich zu bestrafen. Es ging aus einem sechsjährigen Arbeitsprozess von Frauenorganisationen hervor (Defensoría del Pueblo 2014).

In beiden Fällen haben die Frauen ähnliche Strategien verwendet wie als es um die Schaffung der Quotengesetze ging. Das zeigt, dass Lobbying und öffentliche Mobilisierung in Bolivien relevante Instrumente sind, um substanzielle Repräsentation zu erzeugen. Diese Beobachtungen korrespondieren mit den empirischen Untersuchungen von Franceschet (2008). Sie findet eine erhöhte substanzielle Repräsentation dort, wo Parlamentarierinnen mit Frauenorganisationen und -bewegungen zusammenarbeiten.

Das Gesetz zur Bekämpfung der Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik hat laut ACOBOL zu einer signifikanten Zunahme an Anzeigen geführt. Allerdings kam es bis heute nur in einem Fall zu einem Urteilsspruch (Choque 2014; Krook 2016). Seine Wirksamkeit ist deshalb fraglich. Die ehemalige Exekutivdirektorin von ACOBOL, Jessy López, besagte in einem Interview im November 2015, dass weiterhin zahlreiche Fälle bei ACOBOL gemeldet werden (López 2015). Ausserdem umgehen die Männer das Gesetz in einigen Fällen bewusst. Gemäss dem Gesetz 243 ist es heute verboten, Rücktrittserklärungen von Dritten einzureichen. Auf Gemeindeebene umgingen Männer dies, indem sie gewählte Politikerinnen unter Androhung der Zerstörung ihrer Lebensgrundlage (z.B. Tötung von Nutztieren) dazu zwangen, beim zuständigen Wahlgericht ihren Rücktritt persönlich bekanntzugeben.

3.2.2. Substanzielle Repräsentation von Frauen innerhalb der Parteien

Politische Parteien definieren den Zugang und die Form, wie Männer und Frauen an der Politik teilnehmen können (Coordinadora de la Mujer 2015b: 175). Als Teil des öffentlichen Lebens sind sie in Lateinamerika traditionell von Männern dominiert (Albaine 2015). Die parteiinterne Kultur reproduziert die existenten Geschlechternormen und beeinflusst die parteilichen Strukturen. Zu diesen gehören unter

anderem die Parteiprogramme, die interne Arbeitsteilung oder die Mechanismen zur Auswahl von KandidatInnen (Coordinadora de la Mujer 2015b: 175). Die Präsenz von Frauen in der Politik verändert deshalb nicht nur den Wettbewerb zwischen den Parteien, sondern auch die Machtverhältnisse innerhalb der politischen Parteien (Albaine 2015:153). In diesem Sinn haben das Quotengesetz sowie die Parität und Alternanz Auswirkungen auf die parteilichen Kulturen. Allerdings wandeln sich diese nicht im selben Rhythmus wie die gesetzlichen Normen (Albaine 2015: 167). Die beschriebene Situation der Belästigung und Gewalt gegen Frauen manifestiert sich deshalb zu einem grossen Teil innerhalb der Parteien (Albaine 2015). Die von Männern dominierten parteilichen Strukturen können die substanzielle Repräsentation der Frauen jedoch auch in anderer Weise einschränken.

Auf Parlamentsebene sind für Frauen die existenten „Brüderschaften“ und männlichen Seilschaften ein Problem. Sie äussern sich beispielsweise dadurch, dass Politiker für die Besetzung von parteilichen bzw. nicht den öffentlichen Wahlen unterliegenden Positionen Männer vorziehen. Die Politikerinnen werden von ihren Parteikollegen dazu aufgefordert, ebenfalls bestimmte männliche Kollegen zu unterstützen (Coordinadora de la Mujer 2014: 16). Dadurch werden die personellen Wahlmöglichkeiten von Frauen beschnitten.

Eng damit verknüpft ist auch die Besetzung von Ämtern an den Parteispitzen. In Bolivien sind sie bei den wichtigsten fünf Parteien (MAS-IPSP – Movimiento al Socialismo-Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos, MSM – Movimiento sin Miedo, UN – Frente de Unidad Nacional, PDC – Partido Demócrata Cristiano und PVB – Partido Verde de Bolivia) bis heute mehrheitlich von Männern besetzt. Allerdings gibt es einen Trend hin zu einer stärkeren Integration von Frauen. Bei der MAS-IPSP Partei hält beispielsweise eine Frau den Posten der Partei-Vizepräsidentin. Trotzdem beschränkt das Monopol der Männer bei diesen Positionen die effektive Durchsetzungskraft der Frauen, da ihnen der direkte Zugang zur höchsten Entscheidungsregel fehlt (Coordinadora de la Mujer 2015b: 182). Bei der MAS-IPSP Partei wird die substanzielle Repräsentation von Frauen auch dadurch geschwächt, dass parteiintern die Regel der Nicht-Wiederwahl gilt. PolitikerInnen dürfen sich nach einer Amtszeit nicht mehr zur Wahl stellen. Damit soll verhindert werden, dass sie ihre Positionen als „Eigentum“ betrachten. Für Frauen wiegt diese Regel schwer, weil diese Zeit nicht ausreicht, um mögliche Führungsansprüche zu stärken und Stereotypen abzubauen (Choque 2013: 163).

Einen zentralen Einfluss auf die substanzielle Repräsentation haben auch die parteilichen Statuten und die Parteiprogramme. Sie definieren, wie sich die Parteien bezüglich der Genderproblematik und der Gleichheit der Geschlechter gegen innen und aussen positionieren. Diese Dokumente zeigen deshalb auf, welche Wichtigkeit die Parteien der Lösung der bestehenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen zuschreiben. Insofern legen sie fest, inwiefern Frauen aus den Parteien heraus frauenrechtliche Themen angehen und in den politischen Prozess einbringen können.

Die Coordinadora de la Mujer (2015b) hat in einer Studie die Parteiprogramme und Statuten der oben genannten politischen Parteien analysiert. Gemäss dem Gesetz „Ley de Partidos Políticos“ (1999) müssen alle Parteien in Bolivien in ihren Statuten aufzeigen, wie sie eine vollwertige politische

Partizipation der Frauen garantieren. Zugleich verlangt das Gesetz, dass Parteien in ihren Programmen Strategien zur Überwindung der Genderdiskriminierung aufführen (Coordinadora de la Mujer 2015b: 189, 195).

Die Analyse hat gezeigt, dass die Parteien in ihren Statuten die politische Partizipation der Frauen unterschiedlich reflektieren und angehen. Gesamthaft bleiben die Ausführungen der Parteien zur Sicherstellung einer vollwertigen politischen Partizipation der Frau und der Gleichstellung zwischen Mann und Frau in der Politik auf diskursiver Ebene. Die Statuten reflektieren keine intrinsische Motivation, die bestehenden Ungleichheiten sowohl innerhalb ihrer eigenen Reihen als auch im grösseren politischen Kontext konstruktiv anzugehen und zu lösen (Coordinadora de la Mujer 2015b: 195).

Die Analyse der Parteiprogramme bringt eine ähnliche Situation ans Licht. Sie zeigt, dass die Parteien sich in ihren Programmen mit der Gleichstellung der Geschlechter auseinandersetzen, was im bolivianischen Kontext als Fortschritt gewertet wird. Gender stellt aber in keinem der Parteiprogramme ein Transversalthema dar, sondern wird nur partiell angeschnitten. Die Parteien konzentrieren sich dabei thematisch auf die Verletzlichkeit der Frau aufgrund von Armut und fehlenden Zugängen zu Ressourcen und Dienstleistungen. Ebenso nennen sie die Schaffung eines Ministeriums der Frau und die sexuellen und reproduktiven Rechte (Coordinadora de la Mujer 2015b: 195-196). Der Umgang der Parteien mit den Themen Geschlechtergleichheit und Frauenrechte nimmt wiederum diskursiven Charakter an. Sie präsentieren konjunkturrell bedingte Antworten, mit dem Ziel Wählerstimmen zu mobilisieren. Auch in den Programmen zeigen die Parteien somit keinen echten Willen, die existente Ungleichheit zwischen den Geschlechtern aufzulösen und die daraus resultierenden Probleme anzugehen (Coordinadora de la Mujer 2015b: 196). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern Frauen im heutigen politischen Kontext ohne die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen frauenrechtliche und genderrelevante Themen in die Politik einbringen können und wollen.

Diese Ausgangslage wiegt für Frauen auf der Gemeindeebene schwer. Gemäss López (2015) haben sich die Erwartungen von Wählerinnen an Politikerinnen verstärkt. Deshalb besteht momentan das grösste Fragezeichen darin, was die 51% der Frauen in den Gemeinderäten tatsächlich während ihrer Amtszeit tun können. Hinzu kommt, dass Parteien dazu tendieren, Frauen zu fördern, die die Parteilinie vertreten (Choque 2013: 162).

Nicht nur die Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik, sondern auch die hier beschriebene Situation kann einen Ausstieg von Frauen aus der Politik zur Folge haben. In vielen Fällen ist ihre politische Partizipation von Werten und dem Wunsch geprägt, einen Beitrag zur Verbesserung ihres Umfeldes zu leisten. Wenn diese Haltung mit der tatsächlichen Funktionslogik der Politik konfrontiert wird, kann das bei Frauen zu Frustrationen führen (Coordinadora de la Mujer 2015: 52).

Vor diesem Hintergrund ist es eine Priorität von ACOBOL, den Verbleib von Frauen in der Politik auf Gemeindeebene zu sichern (ACOBOL 2010). Die Organisation setzt sich über ihre departementalen Vereinigungen (ACOs) aktiv für die Stärkung der politischen Bildung der Frauen ein. Auf diese Weise

sollen sie zur Entwicklung ihrer Gemeinden und Departemente beitragen und in ihrer Rolle als Lokalpolitikerinnen gestärkt werden (ACOBOL n.d. c, ACOBOL 2016). Die departementalen Vereinigungen bieten den Frauen unter anderem juristischen und institutionellen Beistand an und führen Trainings durch.

3.2.3. Substanzielle Repräsentation und die Rolle der Frau

Die substanzielle Repräsentation der Frauen wird in Bolivien aber auch durch Faktoren aus dem privaten Bereich gehemmt. In den patriarchalen Gesellschaftsstrukturen ist die Frauenrolle untrennbar mit der Care-Arbeit verknüpft. Sie ist exklusive Verantwortung der Frau (Coordinadora de la Mujer: 2015: 69-70). Das Hauptproblem, das sich daraus für Frauen ergibt, ist fehlende Zeit, um ihrer politischen Aufgabe nachzukommen (Novillo 2014). Die politische Partizipation der Frau führt nämlich mindestens zu einer Doppelbelastung. Sie muss gleichzeitig ihrem politischen Mandat und der Care-Arbeit nachkommen (Coordinadora de la Mujer: 2015: 69). Das zwingt die Frauen dazu, nach Lösungen zu suchen, wie sie beide Rollen miteinander vereinbaren können. Sie nutzen dazu verschiedene Modelle: die Aufgaben der Care-Arbeit werden mit dem Partner, den Kindern oder mit Mitgliedern der erweiterten Familie aufgeteilt. Teilweise stützen sich die Frauen auch auf soziale Beziehungen ab oder stellen Hilfskräfte ein (Coordinadora de la Mujer 2015: 72-73). Problematisch ist allerdings, dass auch diese Lösungen, die Frauen nicht von der sozial konstruierten Verantwortlichkeit für die Care-Arbeit befreien. Sie führen nicht zu einer echten Auflösung der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung und die Frauen bleiben die Hauptverantwortlichen für die Care-Arbeit. Männer nehmen bis auf wenige Ausnahmen nur unterstützende und helfende Funktionen ein. Ausserdem sind es meistens Frauen, die als Mitglieder der erweiterten Familie oder externe Personen, die delegierten Aufgaben übernehmen (Coordinadora de la Mujer 2015: 72-73). Auf diese Weise werden die existenten Rollenverhältnisse reproduziert. Am stärksten betroffen sind Politikerinnen, die viele kleine Kinder haben (Coordinadora de la Mujer 2015: 73; Novillo 2014). In gewissen Fällen scheinen Politiker dieses Problem der Frauen bewusst auszunutzen. Sie setzen Sitzungen so an, dass es für Politikerinnen aufgrund ihrer privaten Pflichten schwierig ist, überhaupt daran teilzunehmen (Albaine 2015: 160).

Das Delegieren der Care-Arbeit stellt für Frauen aber nicht nur in organisatorischer Hinsicht, sondern auch auf der emotionalen Ebene eine Herausforderung dar. Eine Studie der Coordinadora de la Mujer (2015: 74) hat gezeigt, dass es für politisch aktive Frauen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, ihres Berufs und ihres Wohnorts schwierig ist, Aufgaben an andere Personen abzugeben, weil die traditionelle Mutter- und Partnerrolle (Ehefrau etc.) auch die emotionalen Beziehungen zu den anderen Familienmitgliedern (Ehemann/ Partner und Kinder) definiert. Auf moralischer Ebene kann bei in die Politik involvierten Frauen dadurch das Gefühl entstehen, dass sie ihre „Mutterrolle“ vernachlässigen (Coordinadora de la Mujer 2015: 74).

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch, dass Frauen ihre (Ehe-)Partner oftmals um Erlaubnis bitten müssen, um an der Politik teilzunehmen. Meist ist ihre Zustimmung fundamental (Coordinadora

de la Mujer 2015: 72; Novillo 2014). In Kombination mit dem Fakt, dass die politische Partizipation der Frau eine Aufteilung der Care-Arbeit verlangt, gibt diese Situation Anlass zu starken Konflikten. Die eigentliche Unvereinbarkeit der beiden Rollen setzt die Frauen starken Spannungen aus und kann schwerwiegende Konsequenzen haben, etwa Scheidungen oder wenig Zeit mit den eigenen Kindern (Coordinadora de la Mujer 2015: 69). Das Durchbrechen der kulturellen Praktiken kann in den Frauen Schuldgefühle auslösen, die sie an der Notwendigkeit ihrer politischen Präsenz zweifeln lassen (Coordinadora de la Mujer 2015: 77). Dies bedeutet, dass die Frauen aufgrund der Konsequenzen, die eine politische Teilnahme für ihr Privatleben haben kann, die existenten Stereotypen selbst reproduzieren. Das kann sie nicht nur dazu bewegen, aus der Politik auszusteigen, sondern kann auch ihre Motivation, sich für frauenspezifische Anliegen einzusetzen, verkleinern. Die patriarchalen Strukturen im privaten Bereich können so auch den ideologischen Handlungsraum der Frau beschränken. Damit die politische Partizipation der Frauen ihre gesamte Wirksamkeit entfalten könnte, wäre deshalb eine echte Demokratisierung der Familienbeziehungen und Rollenbilder notwendig (Coordinadora de la Mujer 2015: 74; Estrada Ponce 2012: 47).

4. Internationale Zusammenarbeit und die Förderung der substanziellen Repräsentation

Vor diesem Hintergrund gibt es für die Internationale Zusammenarbeit eine grosse Anzahl an Möglichkeiten, um einen Beitrag zur Verbesserung der substanziellen Repräsentation in Bolivien zu leisten (vgl. Krook 2016). Im Folgenden beschreibe ich vier mögliche Strategien, die mir als wichtig erscheinen.

Als erstes erachte ich die Zusammenarbeit mit ACOBOL zentral. Die Organisation fördert nicht nur die politischen Kompetenzen der Frauen, sondern ist in Bolivien Protagonistin bei der Bekämpfung von Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik. Für die Verbesserung der substanziellen Repräsentation auf Gemeindeebene hat sie eine Schlüsselfunktion. Die DEZA unterstützt ACOBOL im Rahmen ihres Programms „Programa para la Mejora de los Servicios Municipales“, das im Mandat von Solidar Suisse ausgeführt wird (ACOBOL 2016; ACOBOL n.d. d). Innerhalb dieses Programms ist ACOBOL mit der Ausführung des Teilprojekts „Fortalecimiento Institucional a la Red Asociativa de Mujeres en el Poder Local Autónomo de Bolivia (2013 – 2016)“ beauftragt. Das Projekt hat zum Ziel, ACOBOL und seine departementalen Organisationen (ACOs) als Institutionen zu stärken, damit sie ihrer Zielgruppe (Gemeinderätinnen und –präsidentinnen) nachhaltige und qualitativ hochwertige Unterstützung leisten können (ACOBOL n.d. d). Die DEZA finanziert zum einen Projektaktivitäten, die das Recht der Frauen auf politische Partizipation stärken. Zu diesen zählen unter anderem: Durchführung von Workshops für Gemeinderätinnen und –präsidentinnen (GR und GP) zu diversen Themen (u.a. Partizipation der Frau und der Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik), Unterstützung von GR und GP bei der Umsetzung von politischen Initiativen, Ermöglichung von regelmässiger medialer Präsenz (z.B. Radio, TV, Presse) etc. Zum anderen sind Ressourcen zur Stärkung und Nachhaltigkeit von organisationsinternen Abläufen vorgesehen. Im Zentrum stehen dabei

die personellen Wechsel an der Führungsspitze von ACOBOL sowie den ACOs, die sich zwischen 2013 und 2015 ereigneten. Das Projekt sollte effiziente Amtsübergaben ermöglichen (ACOBOL 2016). Das Projekt legitimiert sich aber auch dadurch, dass die Nachfrage nach professioneller Unterstützung mit der Zunahme des Frauenanteils in der Politik stieg und komplexer wurde (López 2015). Offen bleibt, was nach Auslaufen des Projekts 2016 passiert und ob ACOBOL dann aus eigenen Kräften die gesteigerte Nachfrage bewältigen kann.

Um die substanzielle Repräsentation zu fördern und die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen zu durchbrechen, ist zweitens Sensibilisierungsarbeit mit Männern wichtig. Ein weiteres Teilprogramm des oben genannten PMS ist das „Programa de Apoyo a la Democracia Municipal“ (PADEM), das direkt von Solidar Suisse ausgeführt wird (PADEM 2012: 3). Innerhalb der Teilkomponente „Mujeres y Ciudadanía“ fokussiert sich das Teilprogramm unter anderem auf die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. Dazu werden in regelmässigen Abständen Workshops mit Männern zum Thema Maskulinität durchgeführt. Das PADEM verfügt diesbezüglich über spezifisch geschultes Personal. Die Workshops richten sich ausschliesslich an Männer. Oftmals werden sie mit bestimmten Männergruppen durchgeführt (z.B. Gewerkschaft der Busfahrer, Minenarbeiter, Lokalpolitiker). Frauen haben keinen Zutritt. In der intimen Sphäre, die dadurch entsteht, reflektieren die Männer selbstkritisch über ihr Verständnis von Maskulinität. Ebenso wird darüber diskutiert, wie Männer und Frauen gleichberechtigte Beziehungen zueinander aufbauen können (Doctora Edilicia n.d. Programa de Masculinidades Integra/me). So werden Stereotypen entlarvt und die Sichtweise der Männer geöffnet. Drittens kann die IZA die substanzielle Repräsentation auch fördern, indem sie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den legislativen Gremien beiträgt (Krook und Norris 2014). Die Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen, die Zugang zu Politikerinnen haben, bzw. der UNO als neutrale Akteurin ist diesbezüglich fundamental. Das Ziel besteht darin, die Rahmenbedingungen der Arbeit in den legislativen Körperschaften so zu verändern, dass Frauen eine effiziente Work-Life Balance aufbauen können. In diesem Zusammenhang ginge es beispielsweise darum, die Uhrzeiten von Sitzungen zu regeln. Zugleich müssten Lösungen für stillende Mütter und die Betreuung von Kleinkindern gefunden werden. Konkret könnte die IZA etwa Sensibilisierungskampagnen von lokalen Partnerorganisationen für ParlamentarInnen mitfinanzieren.

Auf parlamentarischer Ebene könnte die substanzielle Repräsentation letztlich gestärkt werden, indem eine Strategie genutzt wird, die USAID für Projekte braucht (Krook 2016). Bei diesem Ansatz werden strategische Beziehungen zu den Medien aufgebaut. Das Ziel ist es, eine gendersensible politische Berichterstattung zu fördern und Fälle von Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik systematisch ans Licht zu bringen. Die Projektaktivitäten bestehen darin, Journalistinnen, die für die Berichterstattung von parlamentarischen Prozessen zuständig sind, in gendersensiblem Journalismus zu schulen (Krook 2016). Auf diese Weise tragen die Medien dazu bei, Öffentlichkeit für die politischen Errungenschaften von Frauen zu schaffen. So werden Vorurteile bezüglich ihren Fähigkeiten als Politikerinnen abgebaut.

5. Konklusion

In diesem Essay wurde der Zustand der substanziellen Repräsentation in Bolivien untersucht. Das Hauptinteresse galt der Frage, inwiefern die Frauenquoten in Bolivien nicht nur zur Präsenz einer grösseren Anzahl Frauen in der Politik geführt haben, sondern bewirkten, dass diese sich auch tatsächlich in die Politik einbringen können. 1997 wurde in Bolivien erstmals eine 30%-Frauenquote geschaffen. Nach dem verfassunggebenden Prozess wurde in den neuen Wahlgesetzen das Kriterium der Parität und Alternanz als Grundregel für die Wahl von Legislativvertretern auf allen Ebenen festgeschrieben. Das Land hat diesbezüglich eine der fortschrittlichsten Gesetzgebungen der Region. Die treibenden Kräfte hinter der Schaffung der 30%-Quote und der Parität und Alternanz waren hauptsächlich feministische Frauenorganisationen. Während des verfassunggebenden Prozesses gelang es ihnen jedoch, die ethnischen Unterschiede, die sie von indigenen Frauen trennten, zu überwinden und Allianzen mit ihnen einzugehen. Daraus entstand eine grosse und durchsetzungsfähige Frauenbewegung.

Dank des Kriteriums der Parität und Alternanz ist es bis heute gelungen, eine hohe Anzahl an Frauen in die Politik zu integrieren. Das Land wird praktisch zur Hälfte von Frauen regiert.

Heute scheint es in Bolivien bezüglich der substanziellen Repräsentation der Frauen zwei Seiten zu geben. Auf der einen Seite bedeuten die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen eine Hierarchisierung der Beziehung zwischen Mann und Frau und in ihrem Verständnis ist die Politik ein Männerbereich. Daraus erwachsen zahlreiche Hindernisse, die die substanzielle Repräsentation der Frauen in der Politik einschränken. Diese Hürden limitieren die unmittelbaren und individuellen Gestaltungsmöglichkeiten der Frauen im politischen Prozess.

In diesem patriarchal geprägten Kontext wurde die zunehmende Präsenz von Frauen in der Politik als Angriff auf die bestehende Ordnung gewertet. Die Männer reagieren darauf mit verschiedenen Formen von Gewalt, mit dem Ziel, die Frauen aus der Politik zurückzudrängen. Politikerinnen auf Gemeindeebene erfahren diesbezüglich mehr direkte Gewalt als Parlamentarierinnen. Unter diesen Umständen kann das Politisieren für Gemeindepolitikerinnen folgenschwere Auswirkungen haben. Auf Parlamentsebene sehen sich die Politikerinnen dagegen mit unsichtbaren Widerständen in Form von Stereotypen und Vorurteilen konfrontiert. Beide Situationen erschweren den Prozess der substanziellen Repräsentation der Frauen.

Innerhalb der Parteien sehen sich Politikerinnen mit männlich dominierten Führungsriegen und Seilschaften konfrontiert. Die innerparteilichen Kulturen sind bis heute patriarchalisch geprägt. Die Gesetze zur politischen Partizipation der Frauen haben daran wenig geändert. Zentrale Themen wie die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung von Frauenrechten finden sich zwar in den Parteiprogrammen. Ihr Charakter beschränkt sich jedoch auf den Diskurs. Den Parteien fehlt ein echter Wille die bestehenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen anzugehen. Die beschriebene

Situation legt nahe, dass es unter diesen Umständen nicht leicht ist, genderrelevante Themen aus den Parteien heraus zu bearbeiten.

Politisch aktive Frauen bekommen ebenso das Gewicht der Arbeitsteilung zu spüren, die sich aus den patriarchalen Strukturen ergibt. In dieser Logik sind sie alleine für die Care-Arbeit zuständig. Diese Situation zwingt sie dazu, beide Rollen miteinander zu vereinbaren, was wiederum zu einem Zeitproblem führt. Frauen sind auf die Unterstützung von aussen angewiesen, um beiden Funktionen effizient nachzukommen. Die Organisation von Lösungen kann jedoch hohe praktische und emotionale Kosten für Politikerinnen haben. Das Resultat davon sind Zweifel, ob es ihre politische Partizipation überhaupt braucht. Man kann annehmen, dass das ihre Motivation verkleinert, genderrelevante Thematiken in die Politik einzubringen. Gleichzeitig führt es zu einer Reproduktion der existenten Geschlechterverhältnisse. Die private Situation einer Politikerin hat somit einen grossen Einfluss darauf, ob sie sich in der Politik entfalten kann.

Auf der anderen Seite zeigt der Entstehungsprozess des Quotengesetzes und die Implementierung der Parität und Alternanz, dass Frauenbewegungen und –organisationen, die Politik beeinflussen und die patriarchalen Strukturen durchbrechen können. Mit strategischem Lobbying und breiter öffentlicher Mobilisierung könnten frauenrechtliche Themen durchgesetzt werden. Diesen Eindruck verstärken die Entstehungsgeschichten der beiden Gesetze, die zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in der Politik und im privaten Bereich geschaffen wurden. Die Aussagekraft dieser Annahme erhöht sich auch dadurch, dass das Gesetz 243 zur Eindämmung der Belästigung und Gewalt gegen Frauen in der Politik weltweit das erste Gesetz seiner Art war. Es hat daher progressiven Charakter. Man kann deshalb davon ausgehen, dass es in Bolivien trotz allen Hindernissen ausgeprägte Tendenzen der substanziellen Repräsentation gibt. Die erwähnten Situationen zeigen, dass es möglich war, genderrelevante Themen tatsächlich in den legislativen Prozess einzubringen und konkrete Resultate zu erzielen. Offen bleibt jedoch, inwiefern Parlamentarierinnen ohne die Unterstützung von Frauenorganisationen- und bewegungen, geschlechterspezifische Themen auf die politische Agenda setzen könnten und wollen.

Vor diesem Hintergrund scheint die substanzielle Repräsentation in Bolivien trotz allem noch nicht stark ausgeprägt zu sein. Es besteht weiterhin Potenzial, um die substanzielle Repräsentation der Frauen zu verbessern. Das Hauptproblem besteht darin, dass sich Männer und Frauen in der Politik noch nicht als gleichberechtigte Partner gegenüberstehen. Die Art der Männer, Politik zu machen dominiert weiterhin die politischen Abläufe und steckt die momentan bestehenden Handlungsspielräume für Politikerinnen genau ab. Die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen haben sich nicht parallel zur Schaffung der gesetzlichen Grundlagen, die die Partizipation der Frauen in der Politik begünstigen, aufgelöst. Diese Konklusion deckt sich mit den hier verwendeten zentralen Studien zum Thema.

Vor diesem Hintergrund scheint es mir von zentraler Bedeutung, dass die IZA mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie ACOBOL zusammenarbeitet. Es ist notwendig, dass Politikerinnen über ihre Rechte aufgeklärt und ihnen spezifisches Wissen zur Verfügung gestellt wird. Auf parlamentarischer Ebene könnte eine gendersensitive Berichterstattung die politischen Erfolge von

Frauen besser hervorzuheben und Stereotypen abzubauen. Das würde ihre substanzielle Repräsentation erhöhen.

In einer weiteren Untersuchung wäre es zudem notwendig, genauere Aussagen darüber zu machen, wer die Politikerinnen in Bolivien sowohl auf Gemeinde- als auch auf Parlamentsebene sind und welche politischen Motivationen sie haben. Ebenso wäre es wichtig, zu untersuchen, inwiefern die Allianzen zwischen Feministinnen und indigenen Frauen weiterhin bestehen, oder ob sich auch zwischen ihnen erneut Gräben aufgetan haben.

6. Bibliografie

Albaine, Laura (2015). Paridad de género y violencia política. Los casos de Bolivia, Costa Rica y Ecuador. In: Cazarín Martínez, Angélica; Ávila Eggleton, Marcela und de la Peña Mena, Ricardo A. (Hrsg.): Integridad y equidad electoral en América Latina. México, D.F.: Sociedad Mexicana de Estudios Electorales, A.C., 148-171.

Agencia de Noticias Fides (ANF): “No queremos flores, queremos justicia” reclamaron las mujeres en puertas de los tribunales. (<http://www.noticiasfides.com/sociedad/no-queremos-flores-queremos-justicia-reclamaron-las-mujeres-en-puertas-de-los-tribunales-363524/> [Stand, 15.3.2016]).

Archenti, Nérida; Tula, María Inés (2014). Cambios normativos y equidad de género. De las cuotas a la paridad en América Latina: Los casos de Bolivia y Ecuador. *América Latina Hoy*, 66: 47-68.

ACOBOL (n.d.). Nuestra Historia. (<http://www.acobol.org.bo/site/index.php/quienes-somos/nuestra-historia> [Stand, 30.4.2016]).

ACOBOL (n.d. b). Elaboración de la “Ley contra el acoso y violencia política hacia las mujeres” Contribución a nivel nacional e internacional. Ley promulgada el 28 de mayo de 2012. (<http://www.acobol.org.bo/site/index.php/logro-2> [Stand, 30.4.2016]).

ACOBOL (n.d. c). Líneas Estratégicas. (<http://www.acobol.org.bo/site/index.php/quienes-somos/lineas-estrategicas> [Stand, 30.4.2016]).

ACOBOL (n.d. d). Fortalecimiento Institucional a la Red Asociativa de Mujeres en el Poder Local Autónomo de Bolivia. Financiado por: Solidar Suiza. <http://www.acobol.org.bo/site/index.php/proyecto-1> [Stand, 30.4.2016]).

ACOBOL (Asociación de Concejalas y Alcaldesas de Bolivia) (2010). Concejala. *Revista de la Asociación de Concejalas y Alcaldesas de Bolivia – ACOBOL*, 4(Junio).

ACOBOL (Asociación de Concejalas y Alcaldesas de Bolivia) (2013). Información al 31 de diciembre de 2013 (Flyer). La Paz: ACOBOL (Asociación de Concejalas y Alcaldesas de Bolivia).

ACOBOL (Asociación de Concejalas y Alcaldesas de Bolivia) (2016). Informe de Progreso 2015: “Fortalecimiento institucional a la red asociativa de mujeres en el poder local autónomo de Bolivia (2013-2016): Implementado por ACOBOL. La Paz: ACOBOL (Asociación de Concejalas y Alcaldesas de Bolivia).

Choque Aldana, Marlene (2013). Paridad y alternancia en Bolivia: Avances y desafíos de la participación de las mujeres en la política. In: Llanos, Beatriz (Hrsg.): La apuesta por la paridad: democratizando el sistema político en América Latina. Stockholm: IDEA International, 123-178.

- Choque Aldana, Marlene (2014). Avances en la participación política de las mujeres. Caminos, agendas y nuevas estrategias de las mujeres hacia la paridad en Bolivia. *Revista Derecho Electoral*, 17(Enero-Junio): 333-356.
- Coordinadora de la Mujer (2014). Hitos en las estrategias de acción política de las mujeres en tres décadas (Modulo 1A). (<http://www.coordinadoradelamujer.org.bo/observatorio/index.php/profundizar/principal/boton/2/sub/9/tem/2> [Stand, 15.3.2016]).
- Coordinadora de la Mujer (2015). Detrás de los números: □ Las trayectorias de la Paridad y la Igualdad en un contexto patriarcal. La Paz: Coordinadora de la Mujer.
- Coordinadora de la Mujer und IDEA Internacional (2015b). Participación política de las mujeres en el Estado. La Paz: Coordinadora de la Mujer und IDEA Internacional.
- Defensoría del Pueblo (2014). Ley para garantizar a las mujeres una vida libre de violencia N° 348: En 43 preguntas y respuestas. Defensoría del Pueblo.
- Doctora Edilicia (n.d.). Medio centenar de hombres reflexionan sobre su masculinidad. (<http://www.doctoraedilicia.com/noticias1.php?recordID=486#.VyTb0yOLRaU> [Stand, 30.4.2016]).
- El País. Evo Morales: las mujeres mandarían si no fueran "caprichositas". (<http://www.elpais.com.uy/mundo/evo-morales-bolivia-tercer-mandato.html> [Stand, 15.3.2016]).
- Estrada Ponce, Cecilia (2012). Dilemas, estrategias y retos feministas en el proceso de cambio. In: Coordinadora de la Mujer (Hrsg.): *Mujeres en diálogo: Avanzando hacia la despatriarcalización*. La Paz: Coordinadora de la Mujer, 39-49.
- Franceschet, Susan; Krook, Lena Mona; Piscopo, Jennifer M. (2012). Conceptualizing the Impact of Gender Quotas. In: Franceschet, Susan; Krook, Lena Mona; Piscopo, Jennifer M. (Hrsg.): *The Impact of Gender Quotas*. New York: Oxford University Press, 3-26.
- Franceschet, Susan (2008). ¿Promueven las cuotas de género los intereses de las mujeres? In: Ríos Tobar, Marcela (Hrsg.): *Mujer y Política: El impacto de las cuotas de género en América Latina*. Santiago de Chile: FLACSO-Chile und IDEA International, 61-98.
- García Fajardo, Silvia (2015). La violencia de género contra las mujeres en el espacio de la política. Un estado de la cuestión en América Latina. In: Cazarín Martínez, Angélica; Ávila Eggleton, Marcela und de la Peña Mena, Ricardo A. (Hrsg.): *Integridad y equidad electoral en América Latina*. México, D.F.: Sociedad Mexicana de Estudios Electorales, A.C., 172-200.
- Gottardo, Carolina; Rojas Maria Eugenia (2010). Violence and democracy in Bolivia. (<https://www.opendemocracy.net/5050/carolina-gottardo-maria-eugenia-rojas/violence-and-democracy-in-bolivia> [Stand, 29.4.2016]).
- Herrera, Morena; Arias Mitzy; García, Sara (2011). Hostilidad y Violencia Política: Develando Realidades de Mujeres Autoridades Municipales. Sistematización de experiencias de violencia política que viven mujeres electas en Gobiernos Municipales en El Salvador. Santo Domingo: ONU Mujeres.
- Htun, Mala; Ossa, Juan Pablo (2013). Political inclusion of marginalized groups: indigenous reservations and gender parity in Bolivia. *Politics, Groups, and Identities* 1(1): 4-25.

- Klugman, Jeni; Hanmer, Lucia; Twigg, Sarah et al. (2014). *Voice and Agency: Empowering women and girls for shared prosperity*. Washington, DC: International Bank for Reconstruction and Development.
- Krook, Mona Lena; Norris Pippa (2014). Beyond Quotas: Strategies to Promote Gender Equality in Elected Office. *Political Studies*, 62, 2–20.
- Krook, Mona Lena (2015). Empowerment versus backlash: gender quotas and critical mass theory. *Politics, Groups, and Identities*, 3(1), 184-188.
- Krook, Mona Lena; Restrepo Sanín, Juliana (2016). Género y violencia política en América Latina: Conceptos, debates y soluciones. *Política y gobierno*, XXIII(1): 127-162.
- La Razón, 11.4.2012: Juana Quispe fue impedida de ejercer 20 meses la concejalia. (http://www.la-razon.com/ciudades/seguridad_ciudadana/Juana-Quispe-impedida-ejercer-concejalia_0_1597040308.html [Stand, 15.3.2016]).
- López Gonzales, Jessy Marcela (2015). Privates Interview.
- Novillo Gonzáles, Mónica (2011). Paso a paso. Así lo hicimos. La Paz: Coordinadora de la Mujer und IDEA Internacional.
- Novillo Gonzales, Mónica (2014) (Hrsg.): La situación de la mujeres en Bolivia: Encuesta nacional de discriminación y exclusion social: Análisis estadístico. La Paz, Coordinadora de la Mujer; OXFAM International; Conexión; Agencia Española de Cooperación Internacional para el Desarrollo (AECID) und IDEA Internacional.
- PADEM (Programa de Apoyo a la Democracia Municipal) (2012). Plan Rector PADEM: Fase 2013-2016. La Paz: PADEM.
- Ríos Tobar, Marcela (2008). Introducción. In: Ríos Tobar, Marcela (Hrsg.): *Mujer y Política: El impacto de las cuotas de género en América Latina*. Santiago de Chile: FLACSO-Chile und IDEA International, 13-23.
- UN Women (n.d.). Women in Power and Decision-making. (<http://beijing20.unwomen.org/en/in-focus/decision-making#resources> [Stand, 29.4.2016]).
- UN Women (n.d. b). The Beijing Platform for Action: inspiration then and now. (<http://beijing20.unwomen.org/en/about#sthash.ONzGf72V.dpuf> [Stand, 29.4.2016]).
- Inter-Parliamentary Union (IPU) (2014). Women in Parliament in 2013: The year in review. Genf: Inter-Parliamentary Union (IPU).